

Angriff der Direktdemokraten

Die **Initiative für direkter Demokratie** greift in das Parteiengefüge ein. Es ist ihr gelungen, acht Oppositionsparteien zu einem **Bündnis** zusammenzuschließen, das nichts Geringeres als die **Machtübernahme in Südtirol** anstrebt. Natürlich für mehr Demokratie.



Das Bündnis: Unterzeichnung im Damensalon des Bozner Hotels Laurin

von Thomas Vikoler

Aus einer passiven Aktion – die Verhinderung der Abschwächung des Gesetzes für die Direkte Demokratie aus dem Jahre 2018 im Landtag – wird eine aktive: Acht Oppositionsparteien des Landtags (es fehlt allein Peter Faistnauers Perspektiven für Südtirol) haben sich zu einem ungewöhnlichen Bündnis zusammengeschlossen. Das Bündnis mehr Demokratie.

Regie dabei führte die Initiative für mehr Demokratie um ihren Geschäftsführer Stephan Lausch. „Wir hoffen, dass die im Bündnis zusammengeschlossenen Parteien im Landtag, der am 22. Oktober neu gewählt wird, die absolute Mehrheit erhalten werden, um die Regeln für die direkte Demokratie mit einem Beschluss neu festlegen zu können“, sagt Lausch. Ein Anklang auf Paul Köllensperger Szenario einer „alternativen“ Mehrheit ohne SVP.

Gesetz für direkte Demokratie aus dem Jahre 2018 in einigen wesentlichen Punkten umzuschreiben.

Da ist einmal das Ziel, dass Regeln für die Demokratie, also auch das Wahlgesetz, mittels Volksabstimmung abzuändern, was derzeit implizit nicht möglich ist.

Zweitens: Die Kommission für die Prüfung der Zulässigkeit der Volksabstimmungsanträge soll anders zusammengesetzt werden als bisher: Nicht mehr vermeintlich befangene Richter aus der hiesigen Gerichtsbarkeit, sondern Juristen aus einem entsprechenden nationalen Verzeichnis sollen darüber befinden.

Der vielleicht wichtigste Punkt: Die Unterschriftshürden für einen Referendumsantrag sollen je nach Wichtigkeit und Wirksamkeit der Instrumente abgesenkt werden. Von derzeit 8.000 auf 2.000 für ein beschließendes Referendum bzw. von 13.000 auf 8.000 für ein bestätigendes.

Erleichtert werden soll auch die Beglaubigungen von Unterstützerunterschriften und die Sammlung der Unterschriften, so wie auf nationaler Ebene, online bzw. in allen Gemeinden des Landes.

Ein Beweggrund, dem Bündnis der Initiative für mehr Demokratie beizutreten, eint offensichtlich alle teilnehmenden acht Parteien: Sie wollen sich als Verteidiger der direkten Demokratie profilieren (obwohl sie ihr aktuelles Amt über dem Weg der repräsentativen Demokratie gelangt sind).

Marco Galateo, Abgeordneter der in Rom vor allem mittels Dekret regierenden Fratelli d'Italia, sagt, der Zwiespalt zwischen den Interessen der Politiker und jenen der Bevölkerung sei zuletzt größer geworden. Brigitte Foppa von den Grünen sieht eine „Kluft“ zwischen den Politikern und „denen da draußen“, wie die Wähler zuweilen im Landtag genannt würden. Josef Unterholzner (Enzian) ist dem Bündnis beigetreten, weil Südtirol während der Corona-Pandemie „einer Diktatur“ geähnelt habe, in der die Freiheitsrechte massiv eingeschränkt worden seien. Roland Stauder, Vizeobmann der Freiheitlichen, ist der Ansicht, dass es die direkte Demokratie als Ergänzung für die repräsentative brauche. Die Bürger hätten mehr Aufmerksamkeit verdient, als alle fünf Jahre – im Wortsinne – die Stimme abzugeben und dann ungehört zu bleiben. Diego Nicolini von den Fünf-Sterne-Bewegung zieht ein Repräsentationsproblem im Landtag: Die Bauern, die in Südtirol mit vier Prozent zum Steueraufkommen beitragen, seien dort mit sieben Mandatären vertreten und würden so eine Übermacht bilden, welche die Verhältnisse in der Bevölkerung nicht widerspiegeln. Auch deshalb müssten die Gesetze in Zukunft verstärkt vom Volk legitimiert werden. Sandro Repetto (PD) sieht es ähnlich und spricht von der Notwendigkeit, den Lobby-Interessen mit Mehrheitsentscheidungen aus der Bevölkerung zu begegnen. Alex Ploner von Team K sieht in der Südtiroler Bevölkerung, etwa bei Lehrern, eine zunehmende Angst die eigene Meinung zu äußern. Myriam Atz-Tammerle (Südtiroler Freiheit) fürchtet sich nicht vor den Entscheidungen der Abstimmenden. Das alles klingt im Hinblick auf die Landtagswahlen nach Wähler-Anbiederung, ein Hohelied auf die Demokratie von Parteien, die an sich nicht für basisdemokratische Tendenzen bekannt sind (Enzian, Freiheitliche, Fratelli d'Italia, Südtiroler Freiheit). Letztlich rechtfertigen sie ihre Teilnahme am Bündnis mit dem Anspruch, bisherige Nicht-Wähler zum Wählen bei den Landtagswahlen zu bewegen. „Wählen hilft“, ruft Stephan Lausch und schlägt bei der Präsentation zweimal auf den Gong. Und macht damit den (kleinen) Bündnispartnern Hoffnungen, auch im neuen Landtag vertreten zu sein.

Die Laubensassa



Ich habe immer schon gesagt,
dass die Linken nicht bis 2
zählen können.

„Wählen hilft“, ruft Stephan Lausch und schlägt zweimal auf den Gong

Derzeit halten die teilnehmenden acht Parteien im Landtag bei 16 Mandaten: Es sind dies die Fratelli d'Italia, die Freiheitlichen, die Südtiroler Freiheit, Enzian, die Grünen, der PD, die Fünf-Sterne-Bewegung und das Team K. Ihre Vertreter erklärten bei der gestrigen feierlichen Unterzeichnung der Bündnisverpflichtung im Bozner Hotel Laurin, diese mit großer Überzeugung einzugehen. Die Verpflichtung lautet, das geltende

NEU IN LEIFERS

Ein Traum, wunderschöne Emma „blond“ erwartet dich mit unvergesslichen Massagen.
Tel. 328/6614747